

Arbeiter
Angestellte
Beamte



Arbeiter
Angestellte
Beamte

DAS STEUER- UND GROLLBLATT

www.dstg-berlin.de/grollblatt

Liebe Kolleginnen,
liebe Kollegen,

der Tarifvertrag für Berlin ist von den Tarifparteien unterschrieben. Dieses Steuer- und Grollblatt soll Ihnen einen Überblick über die aktuelle Situation für die Tarifangehörigen, aber auch für die Beamten geben.

Einen nicht unerheblichen Raum wird in dieser Ausgabe die Aufarbeitung der Vergangenheit einnehmen, um zu erläutern, wie es zu diesem Vertrag kam.

*Denn eines ist den Beschäftigten **und** den Vertretern der DSTG klar, dieser Tarifvertrag ist eine Kröte! Eine Kröte, die geschluckt werden musste, um noch größere finanzielle Opfer zu vermeiden.*

Es galt den tariflosen Zustand zu verhindern, der es den Arbeitgebern ermöglicht hätte, neben den Gehaltskürzungen auch noch zusätzlich an das „Weihnachtsgeld“ und an das „Urlaubsgeld“ zu gehen. Die Zerschlagung des Flächentarifvertrages war das Ziel der Arbeitgeber. Der Absicht - nach Auslaufen der Beschäftigungssicherungsvereinbarung am 31. Dezember 2004 – betriebsbedingte Kündigungen durchführen zu wollen, musste ein Riegel vorge-schoben werden. Auch den Gleichklang der Einsparungen für alle Beschäftigtengruppen galt es im Auge zu behalten.

Zwar konnte der tariflose Zustand mit allen seinen negativen Auswirkungen von den Angestellten und Arbeitern abgewendet werden, aber es bleibt festzustellen, dass dieser Tarifvertrag mit den Gehaltseinbußen teuer erkaufte werden musste.

Um nicht missverstanden zu werden: Die DSTG hat dieses Ergebnis mitunterschrieben und steht auch voll dahinter. Wir gehören aber nicht zu denen, die diesen Tarifvertrag als ein tolles Ergebnis feiern.

ver.di versucht mit Lobhudelei all die eigenen Fehler vergessen zu machen, die ihnen im Verlaufe dieser langwierigen Verhandlungen – beginnend mit dem Sanierungspakt - unterlaufen sind. Kaum ein Fettnäpfchen oder taktischer Fehler wurde dabei ausgelassen.

Die Frage der Berliner Morgenpost bei den Sanierungspaktverhandlungen Anfang 2002, welche Einsparungen sich ver.di im öffentlichen Dienst vorstellen könne, veranlasste Frau Stumpenhusen zu der Antwort, dass sie sich durchaus vorstellen könnte, 15.000 Stellen einzusparen. Gesagt, getan und schwups waren sie weg; denn tags darauf stellte die damalige Finanzsenatorin Frau Krajewski in großer Runde erfreut fest, dass man Konsens über die Einsparung von 15.000 Stellen im öffentlichen Dienst hätte.

Angesichts der drohenden Gefahr einer von Berlin ausgehenden Bundesratsinitiative für die Beamten und

Fortsetzung Seite 50 ►►►

INHALTSVERZEICHNIS

Tarifverhandlungen „Einkommensrunde Berlin“ Kommentar des DSTG-Landesvorsitzenden Detlef Dames	49
Impressum	50
Berliner Sanierungspaktverhandlungen - eine unendliche Geschichte?	52
Postdamer Tarifabschluss (Auszug)	56
Leistungsangebot der Deutschen Steuer-Gewerkschaft: Tarifverhandlungen „Einkommensrunde Berlin“	60

Kommentar

dem Austritt aus den Arbeitgeberverbänden unterbreiteten der dbb und die DSTG mit großen Bauchschmerzen ein Einsparangebot gegenüber dem Senat von Berlin:

Einkommenszuwachsverzicht

für den mittleren Dienst und vergleichbare Angestellte von	1,5%
den gehobenen Dienst und vergleichbare Angestellte von	2,0%
den höheren Dienst und vergleichbare Angestellte von	2,5%

und Strukturveränderungen im Land Berlin zwecks Angleichung an die Struktur Hamburgs (Wegfall der politischen Bezirksämter).

Signalen zufolge war die Landesregierung bereit, dieses dbb-Angebot anzunehmen.

Die Gefahr unterschätzend, verurteilte ver.di aber diesen Vorstoß, stellte den dbb und die DSTG an den Pranger und verhinderte im Oktober 2002 die „Billiglösung“ bei den Einsparungen für alle Beschäftigtengruppen. Der Senat von Berlin sah sich daraufhin veranlasst, „da sich nicht alle Gewerkschaften, wie der dbb und seine Mitgliedsgewerkschaften, beweglich zeigten,“ eigene Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung zu ergreifen. Wie jeder weiß, war dies für die Beamten die Bundesratsinitiative und für die Angestellten und Arbeiter der Austritt aus den Arbeitgeberverbänden.

Nachdem nunmehr das Land Berlin im Bundesrat den Antrag stellte, den einzelnen Ländern per Öffnungsklausel die Möglichkeit zu eröffnen, das Weihnachtsgeld, das Urlaubsgeld und die jeweilige Besoldungserhöhung streichen zu dürfen, versuchten der dbb und die DSTG mit einer Initiative, dieses Gesetz zu verhindern.

Das „Weihnachtsgeld“ sollte gezwölfelt und in die Monatsbesoldung eingerechnet werden. Um den durch diese geänderte Zahlungsweise auftretenden Zinsverlust für das jeweilige Land abzufedern, wurde weiterhin angeboten, das „Weihnachtsgeld“ (derzeit durch einfrieren auf das Niveau von 1993 noch 83% der Monatsbesoldung betragend) von 83% auf 75% zu reduzieren und diesen Betrag dann zu zwölfeln. Der Charme dieses Vorschlages bestand einerseits in der dauerhaften Sicherung des Weihnachtsgeldes auf einem Niveau von 75% mit gleichzeitiger Teilnahme als Bemessungsgrundlage an den Besoldungserhöhungen und der gleichzeitigen Verhinderung der Bundesratsinitiative.

Innen- und Rechtsausschuss des Bundesrates befürworteten diesen Vorschlag. Alles lief auf diesen Vorschlag hinaus; aber, wieder einmal erhob ver.di die Stimme und ächtete diesen Vorschlag als einer Gewerkschaft unwürdig. Auf Grund dieser Uneinigkeit war der Nährboden für Kungelrunden bei der Konferenz der Ministerpräsidenten gegeben. Bei dieser Konferenz spielte der Regierende Bürgermeister von Berlin auch noch seine Trumpfkarte aus: Er wies

DSTG - die Fachgewerkschaft der Finanzverwaltung

IMPRESSUM

DSTG DEUTSCHE STEUER-GEWERKSCHAFT - Fachgewerkschaft der Finanzverwaltung im dbb - beamtenbund und tarifunion

Herausgeber: Landesleitung der DEUTSCHEN STEUER-GEWERKSCHAFT - LANDESVERBAND BERLIN, Motzstraße 32, 10777 Berlin (Tempelhof-Schöneberg)
Öffnungszeiten der Landesgeschäftsstelle: Mo 9:00 - 18:00 Uhr Di - Do 9:00 - 14:00 Uhr
Telefon: 030 21473040 Telefax: 030 21473041 e-mail: info@dstg-berlin.de Internet: dstg-berlin.de

Verantwortlich für den Inhalt: Jürgen Köchlin

Redaktion: Dettlef Dames (verantwort.) Jürgen Köchlin, Mario Moeller, Bernd Raue, Christa Roglin, Rita Rohde, Frank Schröder, Daniela Werner
Redaktions-/Anzeigenschluss ist jeweils der 10. des Monats. Namentlich gezeichnete Beiträge stellen in jedem Falle nur die Meinung des Verfassers dar. Bei Leserbriefen, e-mail und Faxen behält sich die Redaktion Kürzungen und redaktionelle Änderungen vor.

Fotos: DSTG Berlin Archiv

Anzeigenverwaltung: Götz Lemke

Gestaltung/Layout: Jürgen Köchlin

Druck: DRUCKEREI WICHMANN - Offsetdruck - Buchbinderei, Askaniering 155-156, 13585 Berlin (Spandau)
Telefon: 030 3752030 Telefax: 030 3755226 e-mail: druckerei.wichmann@t-online.de

Titellayout: Karsten Köchlin

Auflage: 8.100 Exemplare - Verteilung an die Beschäftigten der Berliner Finanzverwaltung

28. August 2003

Kommentar

darauf hin, dass wohl das Land Berlin mit der Absicht, „Weihnachts“- und „Urlaubsgeld“ zu kürzen oder gar zu streichen, nicht so falsch läge, wenn die Gewerkschaft ver.di dieses mit ihren eigenen Gewerkschaftsangestellten ebenfalls plane. Ähnliches konnten wir uns bei den Tarifverhandlungen in Berlin vom Innensenator Dr. Körting anhören. Dieses grandiose Eigentor von ver.di blieb natürlich nicht ohne Folgen: Im Bundesrat wurde der Beschluss gefasst, „Weihnachts“- und „Urlaubsgeld“ in Länderhand zu geben. Mit der dbb-Initiative konnte wenigstens die Vergabe der Besoldungserhöhungen in die Länderhoheit verhindert werden.

Auch die Tarifverhandlungen im Land Berlin waren überschattet von Fehleinschätzungen von ver.di. Die Kernaussage des Innensensors übte offenbar eine derartige Faszination auf die Tarifgemeinschaft von ver.di, GEW und GdP aus, dass sie eine lähmende Wirkung entfaltete. Hatte doch Dr. Körting unmissverständlich geäußert, dass den Beschäftigten im Land Berlin 500 Millionen Euro an Einsparungen abverlangt werden sollen, 200 Millionen bei den Tarifangehörigen und 300 Millionen bei den Beamten (die finanzielle Belastung sollte alle Beschäftigte gleich treffen, die höhere Belastung bei den Beamten ergibt sich durch die höhere Anzahl an Beamten).

Sollte jedoch im Kalenderjahr 2003 bei den Tarifangehörigen die 200 Millionen nicht zu erzielen sein, müssten eben die Beamten stärker bluten und die Einsparquote bei ihnen entsprechend erhöht werden. Während bei der dbb tarifunion und der DSTG von vornherein klar war, dass, wenn schon Einsparungen alle Beschäftigtengruppen gleichermaßen betroffen sein müssen, war die Tarifgemeinschaft von ver.di, GdP und GEW offenbar



in sich völlig zerrissen. Während GEW und GdP eine ähnliche Auffassung wie die dbb tarifunion vertraten, waren die Interessen von ver.di – durch den geringen Organisationsgrad bei den Beamten – eindeutig gegen die Beamtenschaft gerichtet. Die dbb tarifunion drängte noch im Juni auf eine Entscheidung, da die Vergangenheit schon gezeigt hatte, dass zögerliches Verhalten nur zu Verschlechterungen, nicht aber zu Verbesserungen führen würde.

Als dann der Verhandlungsführer der ver.di-Tarifkommission am 28. Juni in der Zeitung laut über ein Scheitern der Tarifverhandlungen nachdachte und damit der Erhalt des Flächentarifvertrages in Gefahr geriet, griff der Bundesvorsitzende von ver.di, Bsirske, ein. Er wollte ein erneutes Scheitern einer DGB-Gewerkschaft (wie beispielsweise die IG-Metall im Osten) verhindern, reiste mit seinem Stab am 29. Juni an, entmachtete die Landestarifler seiner Gewerkschaft und machte in kleiner Runde dem Regierenden Bürgermeister von Berlin ohne weiteres Taktieren das Angebot eines 10%igen Lohnverzichts.

Bei der letzten Verhandlungsrunde am 30. Juni ging es dann nur noch um soziale Komponenten und Forderungen gegenüber dem Arbeitgeber. Die Höhe des durchschnittlichen Lohnverzichts aber war manifestiert.

Es ist ärgerlich, dass Vertreter von ver.di, die in der zurückliegenden Zeit dem vorausschauenden Taktieren des dbb und seiner Mitgliedsgewerkschaften nur Häme und Ablehnung entgegenbrachten, ihrerseits durch unsinnige Blockadehaltung und kraftlose Drohgebärden alle Verhandlungen erst in die Sackgasse brachten.

Angesichts ihrer Fehleinschätzung sollte sich ver.di künftig – insbesondere bei den anstehenden Verhandlungen um die Einsparungen im Beamtenbereich – bedeckt oder aber zum Wohle der Beschäftigten aus allem heraushalten und den dbb und die DSTG agieren lassen.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, which appears to read "Detlef Dames". The signature is written in a cursive style.

Detlef Dames
DSTG-Landesvorsitzender

Berliner „Sanierungspakt“-Verhandlungen - eine unendliche Geschichte?

Nach den Berliner Koalitionsverhandlungen wurde den Gewerkschaften von den Parteien ein Katalog von Einsparungen an Stellen und Personalkosten von über 1 Milliarde Euro bis 2006 vorgelegt.

dbb und DSTG protestierten dagegen (siehe Steuer- u. Grollblatt, Nr. 1-2/2002)!
ver.di (Frau Stumpenhusen) erklärt in einem Interview in der „Berliner Morgenpost“, „man könne sich vorstellen, mit Einsparungen im öffentl. Dienst in der Größenordnung von 15 000 Stellen (= 500 Mill. Euro) leben zu können“ (ein gefundenes Fressen für den Berliner Senat !!!).

29.01.2002

Erstes Gespräch zwischen dbb und Berliner Senat:

Gespräch verlief enttäuschend – Senator Dr. Körting sieht den öffentlichen Dienst als Sparbüchse für die Sanierung des Berliner Haushalts.

21.05.2002

1. Verhandlungsrunde:

Auftakt der Verhandlungen für Beamte, Angestellte u. Arbeiter über einen sog. Solidarpakt zwischen Senat und Gewerkschaften mit einer vorgegebenen Einsparsumme von 1.074 Mill. Euro.

Davon 500 Millionen für die Nichtbesetzung freiwerdender Stellen (Stellenpool soll dabei helfen, Personalengpässe zu vermeiden).

Weitere 500 Millionen sollen im Rahmen des Sanierungspakts „verhandelt“ werden - keine konkreten Vorschläge des Senats.

dbb lehnt Einkommensverzicht und betriebsbedingte Kündigungen ab.

01.06.2002

Senat erhöht die Arbeitszeit der Beamten:

Einführung der 40-Stunden-Woche für die Landesbeamten!

02.07.2002

2. Verhandlungsrunde:

Die am 21. Mai 2002 gegründeten und paritätisch besetzten 5 Arbeitsgruppen fordern vom Senat aussagekräftige Zahlen in Form von Personalstatistiken, um Umverteilungsmöglichkeiten innerhalb der Verwaltung zu erstellen. Die Zahlen werden zugesichert - ansonsten kein Ergebnis. Die Arbeit in den Arbeitsgruppen soll fortgesetzt werden.

20.07.2002

Senat belastet die Beamten mit einer Kostendämpfungspauschale:

Einführung einer Eigenbeteiligung bei der Beihilfe, sog. Kostendämpfungspauschale!

30.09.2002

3. Verhandlungsrunde:

Senat lässt die Katze aus dem Sack - Arbeitgeber fordern von allen Beschäftigten:

- Verzicht auf Einkommenssteigerungen bis 2006
- Verzicht auf Weihnachtsgeld bis 2006
- Verzicht auf Urlaubsgeld bis 2006
- Betriebsbedingte Kündigungen ab 01.01.2006
- Arbeitszeitreduzierung für alle auf 37 Stunden.

dbb lehnt Einkommenseinbußen ab und legt einen umfangreichen Vorschlagskatalog für grundlegende strukturelle Veränderungen in den Berliner Verwaltungen vor, der helfen soll, die geforderten Einsparungen auch ohne Abkopplung Berlins vom allgemeinen Bezahlungsniveau Deutschlands zu erreichen. Die Verhandlungsparteien gehen ohne Vereinbarung eines neuen Termins auseinander.

21.10.2002

Reg. Bürgermeister nimmt den vom dbb Bundesvorstand angebotenen Gesprächstermin nicht wahr.

29.10.2002

Senat erklärt Austritt aus dem KAV Berlin

Der Senat von Berlin erklärt seinen Austritt aus dem KAV Berlin (kommunaler Arbeitgeberverband) und aus dem Verband der Arbeitgeber des öffentl. Dienstes mit Wirkung zum 31. Januar 2003.

Berliner „Sanierungspakt“-Verhandlungen - eine unendliche Geschichte?

30.10.2002

4. Verhandlungsrunde

Der dbb führt ein dreistündiges Gespräch mit dem Senat und legt u.a. ein Verhandlungsangebot vor: einen sozial gestaffelten, zeitlich befristeten Einkommenszuwachsverzicht bis 2006

- von 1.5 % im mittl. Dienst und vergl. Angestellte
- von 2 % im geh. Dienst und vergl. Angestellte
- von 2.5 % im höh. Dienst und vergl. Angestellte
- Einsparsumme Beamte 220.8 Mill. Euro
- Einsparsumme Ang. u. Arbeiter 208.0 Mill. Euro
- Einsparsumme für Aussetzen von Leistungsprämien und Zulagen bei den Beamten für die Dauer des Einkommenszuwachsverzichts bis 2006 30.0 Mill. Euro
= 458.8 Mill. Euro

Der Berliner Senat zeigt keinerlei Entgegenkommen, beharrt auf den geforderten Einkommenseinschnitten und sieht noch weiteren Verhandlungsbedarf.

01.11.2002

Berliner Senat startet Bundesratsinitiative:

Das Bundesrecht soll für landesgesetzliche Maßnahmen wie folgt geöffnet werden:

- Vollständiges oder teilweises Absehen oder zeitlich unterschiedliches In-Kraft-Setzen von Besoldungsanpassungen,
- Reduzierung der jährlichen Sonderzuwendung (ggf. bis auf 0,- Euro),
- Absehen von der Gewährung des Urlaubsgeldes (sog. Öffnungsklausel).

08.11. 2002

5. Verhandlungsrunde

Der vom dbb am 30. Okt. 2002 übergebene Verhandlungskatalog wird mit der Senatsdelegation erneut erörtert. Es wird erreicht, dass es vorerst keine Kürzung des Weihnachtsgeldes oder Urlaubsgeldes oder sonstige finanzielle Einbußen gibt.

Allerdings hält der Senat wegen Nichtzustandekommens des Sanierungspakts an der Erhöhung der Arbeitszeit auf 42 Wochenstunden bei den Beamten ab Januar 2003 fest!

Grund: Weigerung von ver.di, GEW und GdP, eigene Vorschläge einzubringen bzw. sich den Vorschlägen des dbb anzuschließen.

Sollte im Jahr 2003 doch eine „Einigung“ erfolgen, könnte diese Wochenarbeitszeitverlängerung wieder rückgängig gemacht werden.



V.l.n.r.: Reg. Bürgermeister Klaus Wowereit (SPD), Frank Stöhr, 2. Vors. dbb tarifunion und Helmut Overbeck, Verhandlungsführer dbb tarifunion

Berliner „Sanierungspakt“-Verhandlungen - eine unendliche Geschichte?

Die Sanierungspaktverhandlungen werden auf Initiative des dbb berlin und der dbb tarifunion einvernehmlich bis zum Ende der Einkommensrunde 2002/2003 bzw. bis zur Beendigung des Gesetzgebungsverfahrens bezüglich der Öffnungsklauseln bei der Beamtenbesoldung ausgesetzt.



dbb
tarifunion

Die Arbeitsgruppen sollen weiter Fragen zur Verwaltungsstruktur sowie zur (Alters-)Teilzeit diskutieren und beraten.

dbb berlin fordert eine gezielte Kampagne zur freiwilligen Inanspruchnahme von (Alters-)Teilzeitangeboten.

Tarifverhandlungen

29.10. 2002

Berlin tritt aus dem kommunalen Arbeitgeberverband (für Arbeiter) aus

Der Berliner Senat erklärt den Austritt aus dem kommunalen Arbeitgeberverband (für Arbeiter) s.o.

31.10.2002

Laufzeit der Tarifverträge endet

Ende der Laufzeit der Verträge aus den letzten Tarifverhandlungen für Angestellten und Arbeiter.

dbb tarifunion:

dbb tarifunion fordert frühzeitigen Verhandlungsbeginn (etwa 3 Monate vor Ende der Laufzeit).

31.12.2002

Ende der Laufzeit der Tarifverträge Ost



V.l.n.r.: Joachim Jetschmann, Landesvorsitzender dbb berlin, Frank Stöhr, 2. Vors. dbb tarifunion und Dr. Körting (SPD), Innensenator

Berliner „Sanierungspakt“-Verhandlungen - eine unendliche Geschichte?



V.l.n.r.: Joachim Jetschmann, Landesvorsitzender dbb berlin und Frank Stöhr, 2. Vorsitzender der dbb tarifunion

15.11.2002

Beginn der Tarifverhandlungen für den gesamten öffentlichen Dienst

Forderung der dbb tarifunion:

- 3,5 % lineare Anpassung der Löhne und Vergütungen
- 100 % Angleichung Ost an West
- Laufzeit des Tarifvertrags 12 Monate
- Angleichung per Gesetz unmittelbar nach Abschluss der Tarifrunde auch für Beamte.

Angebot der Arbeitgeber:

Kein Angebot

- verweisen auf schlechte Lage der öffentlichen Kassen,
- sind an konstruktiven Verhandlungen scheinbar nicht interessiert.

14.12.2002

dbb Demonstration in Berlin:

große Massendemonstration von dbb-Gewerkschaften in Berlin mit dem Aufschrei: „Jetzt reicht`s“
40 000 Beschäftigte wehren sich lautstark gegen den Raubbau am öffentlichen Dienst in Deutschland.

18./19.12.2002

Arbeitgeberangebot:

- 0,9 % mehr Einkommen ab 01.01.2003
- 1,2 % mehr Einkommen ab 01.10.2003 bzw. 01.01.2004 (Ost)
- Laufzeit bis 30. Juni 2004

Arbeitgeberforderung:

- Erhöhung der Arbeitszeit (West) um 1/2 Stunde (auf 39 Stunden) ab 1. Okt. 2003
- Wegfall des AZV-Tages Ost
- Beteiligung der Arbeitnehmer (Ost) an den Umlagesätzen für die Zusatzversorgung

dbb Vorstand und dbb tarifunion

erklären aufgrund dieses „Minusangebotes“ das **Scheitern der Tarifverhandlungen!**

28.12.2002

Auftakt der Schlichtungsverhandlungen

06.01.2003

Schlichtungskommission in Bremen:

Schlichtungskommission spricht Einigungsempfehlung aus.

Berliner „Sanierungspakt“-Verhandlungen - eine unendliche Geschichte?

Annahme des Schlichterspruchs durch dbb tarifunion!

Ablehnung des Schlichterspruchs durch Arbeitgeber!

06.01.2003

Vorbereitung für Urabstimmung und unbefristete Streiks:

dbb tarifunion trifft Vorbereitungen für Urabstimmung und unbefristete Streiks

08.01.2003

Austritt Berlins aus allen Arbeitgeberverbänden:

Fristloser Austritt des Landes Berlin aus allen Arbeitgeberverbänden. (Damit werden die in Potsdam erreichten Tarifabschlüsse für Berlin nicht übernommen!).

09.01.2003

Potsdamer Tarifabschluss (Auszug):

Bund, TdL und VKA geben für die Geltungsbereiche des BAT, BAT-O, MTArb, MTArb-O, BMT-G und BMT-G-O das nachstehende Angebot ab, dessen einzelne Bestandteile in einem untrennbaren Zusammenhang stehen; es gilt sinngemäß auch für die Beschäftigten, die unter den Geltungsbereich der Tarifverträge im Sinne der §§ 1 a BAT, BAT-O und BMT-G, BMT-G-O fallen.

I. Einmalzahlung

Arbeitnehmer, die im Monat Februar 2003 Bezüge aus einem Arbeitsverhältnis erhalten, das am 2. Januar 2003 bereits bestanden hat, erhalten im Monat März 2003 eine Einmalzahlung in Höhe von 7,5 % der Vergütung (§ 26 BAT/BAT-O) einschließlich der allgemeinen Zulage bzw. des Monatstabellenlohnes vom Dezember 2002, maximal 185 • im Tarifgebiet West bzw. 166,50 • im Tarifgebiet Ost. Für Teilzeitbeschäftigte gilt die Höchstgrenze für die Einmalzahlung anteilig entsprechend dem Umfang ihrer Arbeitszeit.

Eine weitere Einmalzahlung in Höhe von 50 • im Tarifgebiet West bzw. anteilig unter Zugrundelegung des maßgeblichen Bemessungssatzes im Tarifgebiet Ost wird im November 2004 gezahlt. Die Regelungen der Unterabsätze 1 und 2 gelten entsprechend auch für Auszubildende nach dem Berufsbildungsgesetz und für Schülerinnen/Schüler in der Krankenpflege sowie für Ärztinnen/Ärzte im Praktikum und für Praktikantinnen/ Praktikanten mit der Maßgabe, dass der Höchstbetrag im Sinne des Unterabsatzes 1 65 • und der Betrag im Sinne des Unterabsatzes 2 30 • beträgt.

II. Anhebung der Vergütungen und Löhne

1. Die Grundvergütungen, Monatstabellenlöhne, Sozial- und Ortszuschläge der Angestellten und Arbeiter werden nach der bisherigen Berechnungsweise
 - für die Arbeiter und die Angestellten der Vergütungsgruppen X bis IV a bzw. Kr. I bis Kr. XI ab 1. Januar 2003 und für die übrigen Angestellten ab 1. April 2003 um 2,4 %,
 - ab 1. Januar 2004 um weitere 1,0 % und
 - ab 1. Mai 2004 um weitere 1,0 % erhöht.

Die Ausbildungsvergütungen für Auszubildende nach dem Berufsbildungsgesetz und für Schülerinnen/Schüler in der Krankenpflege sowie die Entgelte und Verheiratenzuschläge der Ärztinnen/Ärzte im Praktikum und der Praktikantinnen/ Praktikanten werden

- ab 1. Januar 2003 um 2,4 %,
- ab 1. Januar 2004 um weitere 1,0 % und
- ab 1. Mai 2004 um weitere 1,0 % erhöht.

2. Mindestlaufzeit bis zum 31. Januar 2005.

3. Die Zuwendung bleibt bis zum 31. Januar 2005 eingefroren.

III. Anpassung Tarifgebiet Ost

1. Der Bemessungssatz wird von derzeit 90 % ab 1. Januar 2003 auf 91,0 % und ab 1. Januar 2004 auf 92,5 % angehoben.

Berliner „Sanierungspakt“-Verhandlungen - eine unendliche Geschichte?

Mindestlaufzeit bis 31. Januar 2005. Weitere Anpassungsschritte bleiben der nächsten Vergütungs- und Lohnstarifverhandlung vorbehalten. Die Tarifvertragsparteien stimmen in der Nachwirkung nach § 4 Abs. 5 Tarifvertragsgesetz überein.

2. Die Anpassung des Bemessungssatzes Ost wird für alle Arbeiter sowie die Angestellten der Vergütungsgruppen X bis V b und Kr. I bis Kr. VIII bis zum 31. Dezember 2007 und für die übrigen Angestellten bis zum 31. Dezember 2009 abgeschlossen. Die Kündigung dieser Vorschrift ist ausgeschlossen.
3. Die Beschäftigten im Tarifgebiet Ost zahlen einen Arbeitnehmerbeitrag zur Pflichtversicherung an die jeweilige Zusatzversorgungseinrichtung in Höhe von 0,2 % des Bruttoentgelts für je 1 % der Anpassung des Bemessungssatzes gem. Nrn. 1 und 2 bzw. entsprechende Anteile, jedoch nicht mehr als den vom Arbeitgeber gezahlten Betrag (alle Leistungen). Im Zeitpunkt des Erreichens eines Bemessungssatzes von 97 % steigt der Arbeitnehmerbeitrag auf 2 %, wobei dieser nicht höher sein darf als der vom Arbeitgeber geleistete Betrag (alle Leistungen).
4. § 3 des Tarifvertrages zur sozialen Absicherung im Tarifgebiet Ost wird bis zum 31. Dezember 2007 verlängert.

IV. Weitere Regelungen

1. Der AZV-Tag entfällt mit Wirkung ab 01. Januar 2003.
2. Fällt der Aufstieg in die nächste Lebensalterstufe/Stufe der Grundvergütung bzw. Lohnstufe in die Zeit vom 1. Januar 2003 bis zum 31. Dezember 2004, wird der Unterschiedsbetrag zur nächsten Stufe für die Dauer eines Jahres nur zur Hälfte gezahlt. Nach Ablauf dieser Jahresfrist berechnet sich die Stufenzuweisung wieder nach den tariflichen Regelungen.
3. Der Termin für die Auszahlung der Bezüge kann ab Dezember 2003 jeweils im Dezember vom 15. auf den letzten Tag des Monats verschoben werden.

V. Neugestaltung des Tarifrechts

Die Tarifvertragsparteien schließen (- die in der Anlage beigefügte -) Prozessvereinbarung ab. Sie verpflichten sich, den Neugestaltungsprozess bis zum 31. Januar 2005 abzuschließen. Regelungstatbestände, die in den Verhandlungen nicht abschließend vereinbart wurden, dürfen bis zur endgültigen Vereinbarung nicht in die Lohn- und Vergütungsverhandlungen 2005 einbezogen werden.

VI. Beschäftigungssicherung

Die Tarifvertragsparteien wirken darauf hin, dass Auszubildende nach erfolgreich bestandener Abschlussprüfung für mindestens zwölf Monate in ein Arbeitsverhältnis übernommen werden, soweit nicht personen- oder verhaltensbedingte Gründe entgegenstehen. Dies gilt nicht, soweit die Verwaltung bzw. der Betrieb über Bedarf ausgebildet hat. Die Regelung tritt mit Ablauf des 31. Januar 2005 außer Kraft.

VII. Ausnahmen vom Geltungsbereich

Die Vereinbarungen werden nicht angewandt auf Arbeitnehmer, die spätestens am 9. Januar 2003 ausscheiden.

VIII. Maßregelungsklausel

Die Arbeitgebervertreter erklären, dass von Maßregelungen (Abmahnungen, Entlassungen o. ä.) aus Anlass gewerkschaftlicher Warnstreiks, die bis einschließlich 21. Dezember 2002, 24.00 Uhr, durchgeführt wurden, abgesehen wird, wenn sich die Teilnahme an diesen Warnstreiks im Rahmen der Regelungen für rechtmäßige Arbeitskämpfe gehalten hat.

Potsdam, den 9. Januar 2003

Berliner „Sanierungspakt“-Verhandlungen - eine unendliche Geschichte?

17.01.2003

Auftakt der Einkommensrunde Berlin für Angestellte und Arbeiter:

Vorgegebene Einsparsumme für Angestellte/Arbeiter

- für 2003 100 Mio. • und
- ab 2004 200 Mio. • jährlich (bis 2006)

dbb tarifunion fordert Übernahme des Potsdamer Abschlusses.

Senat **fordert** für den Zeitraum 2003 bis 2006:

- Nullrunde für alle Beschäftigten
- Verzicht auf Urlaubsgeld
- Kürzung des Weihnachtsgeldes (sozial gestaffelt)
- Einkommenserhöhungen erst ab 2007.

Senat **bietet** für den Zeitraum 2003 bis 2006:

- Verzicht auf betriebsbedingte Kündigung
- Schrittweise Senkung der Arbeitszeit (Ost) auf 38,5 Stunden
- Schaffung eines Einstellungskorridors.

07.02.2003

Zweite Verhandlungsrunde:

und

26.02.2003

Dritte Verhandlungsrunde:

dbb tarifunion übergab den Arbeitgebervertretern einen 10 Punkte umfassenden Verhandlungs- und Forderungskatalog. Darin fordert sie unter anderem die Übernahme des Potsdamer Abschlusses und den Ausschluss betriebsbedingter Kündigungen bis 2009.

Senat erklärt, dass auf keinen Fall der Potsdamer Abschluss übernommen werden kann und verweist auf die erbrachte Vorleistung durch die bereits 1994 - 1996 vorgenommene Anpassung der Vergütung und Löhne im Ostteil der Stadt an das Westniveau. Senat bietet Arbeitszeitabsenkung in Höhe des Potsdamer Abschlusses an (statt 2.4 % Einkommenserhöhung ca.1 Stunde weniger arbeiten). Zusätzlich fordert der Senat jedoch auch ein Absenken von Zuwendung (Weihnachtsgeld) und Urlaubsgeld, bis die Einsparsumme von 100 Mill. Euro für 2003 und 200 Mill. für jedes weitere Jahr bis 2006 erreicht ist.

14. 03.2003

Bundesratinitiative des Berliner Senats:

Antrag des Landes Berlin, über die Beamtenbesoldung (Weihnachtsgeld und Urlaubsgeld) selbst entscheiden zu können, wird im Bundesrat behandelt!

18.03.2003

dbb-Protestdemonstration:

Der dbb berlin organisiert eine Protestdemonstration „Wir können auch anders“!
„Berliner Sonderopfer – mit uns nicht!“ „Wir sind nicht der billige Jakob Berlins“!

19.03.2003

Vierte Verhandlungsrunde:

Senat hält absolut an der Einsparsumme fest:

- Abkopplung vom bundesweiten Tarifgefüge über 2006 hinaus
- Keine Rückkehr in die Arbeitgeberverbände
- Vollständige Streichung des Urlaubsgeldes
- Kürzung des Weihnachtsgeldes auf einen Höchstbetrag von 1.200 Euro Ost und 1.500 Euro West
- Keine Tariferhöhungen bis einschließlich 2006.

dbb tarifunion lehnt Vorschläge als weitere Verschlechterung vollständig ab!

16.05.2003

Fünfte Verhandlungsrunde

dbb tarifunion sagt die fünfte Verhandlungsrunde ab, da das „neue“ Angebot des Senats noch schlechter ist als das schon unzumutbare des ersten Verhandlungstages.

Berliner „Sanierungspakt“-Verhandlungen - eine unendliche Geschichte?

13.06.2003

Sechste Verhandlungsrunde

Der Senat bewegt sich nicht.

- Senat gibt weiterhin keine Zusage zum Ausschluss betriebsbedingter Kündigungen oder zumindest ab 2007 Berlin wieder an die bundesweiten Tarife anzubinden!
- Senat behält mit der „42-Stunden-Woche“ die Beamten in Geiselhaft!
- Senat ignoriert die Notwendigkeit, in Berlin Verwaltungsauszubildende einzustellen!
- Senat plant weiterhin Kürzungen beim Urlaubs- u. Weihnachtsgeld!

dbb tarifunion:

dbb tarifunion erklärt sich bereit,
die bundesweit vereinbarten Einkommenserhöhungen in Arbeitszeit umzuwandeln.

Der Abbruch der Verhandlungen wird immer wahrscheinlicher.

28.06.2003

ver.di:

ver.di-Verhandlungsführer Tremper äußert in der Öffentlichkeit,
dass die Verhandlungen ggfs. für gescheitert erklärt werden müssen!

29.06.2003

ver.di:

Aus Angst, eine ähnliche gewerkschaftliche Niederlage wie die IG-Metall im Osten hinnehmen zu müssen, erscheint der Bundesvorsitzende von ver.di, Bsirske, persönlich,
entmachtet die Tarifkommission Berlin und bietet dem Regierenden Bürgermeister
in einer Nacht- und Nebelaktion auf dem Silbertablett **10 % Einkommenseinbußen** an!

Mitgliedschaft schützt vor Nachteilen bei einseitigen Maßnahmen durch den Senat!

30.06.2003

Siebente Verhandlungsrunde

dbb tarifunion unter der Leitung von Stöhr

und

ver.di-Verhandlungskommission unter der Leitung von Bsirske

führen die Detailverhandlungen zu Ende.

Die Struktur des dbb-Vorschlags vom Oktober 2002 blieb erhalten.

Fazit:

**Weil jetzt aber die Prozentzahlen nicht mehr
1,5 %, 2,0 % und 2,5 %, sondern 8,0 %, 10,0 % und 12 % lauten,
kann der dbb mit Fug und Recht behaupten:**

„Das hätten wir auch viel preiswerter haben können!“

Kommentar von: „Berlin 88.8“ vom 30.06.2003:

„So mancher ver.di, GEW- oder GdP-Funktionär dürfte unruhige Nächte haben,
wenn er sich an das ursprüngliche Solidarpaktangebot des Senats erinnert . . .“!

Das Leistungsangebot . . .

Beispiel

Tarifverhandlungen „Einkommensrunde Berlin“ ...

Der Berliner Landesverband der DSTG war bei den Berliner Tarifverhandlungen mit dem Senat von Berlin unmittelbar durch drei Mitglieder in der **Verhandlungskommission der dbb tarifunion** vertreten. Unter schwersten Rahmenbedingungen haben die Mitglieder der Verhandlungskommission der dbb tarifunion ihre Handlungsfähigkeit unter Beweis gestellt. Teilnehmer waren u.a.:

- **Helmut Overbeck**, Verhandlungsführer der dbb tarifunion
- **Frank Stöhr**, 2. Vorsitzende der dbb tarifkommission
- **Joachim Jetschmann**, Vorsitzender des dbb berlin
- **Detlef Dames**, Vorsitzender der DSTG Berlin
- **Bernd Raue**, stell. Vorsitzender des dbb berlin und stell. Vorsitzender der DSTG Berlin
- **Rita Rohde**, stell. Vorsitzende der DSTG Berlin

Zeigen Sie sich solidarisch - treten Sie in die Fachgewerkschaft ein!

DSTG - die Fachgewerkschaft der Finanzverwaltung

Ausfüllen und bitte an die DSTG-Berlin senden:

Deutsche Steuer-Gewerkschaft
Landesverband Berlin
Motzstraße 32

FAX: 030 21473041

10777 Berlin

Ja, ich werde Mitglied der Deutschen Steuer-Gewerkschaft.

Hiermit erkläre ich meinen Eintritt in die Deutsche Steuer-Gewerkschaft – Landesverband Berlin- mit Wirkung vom 2003.

Name: Vorname: Geburtsdatum:

Anschrift:

Telefon privat: E-Mail privat:

Dienststelle: Besoldungs-/Vergütungsgruppe:

Telefon dienstlich: Teilzeitbeschäftigt:

....., den (Unterschrift)